



Newsletter

29. Mai 2020

Sicherheit – „Wer Einsatzkräfte angreift, gehört in den Knast“

Innenminister Peter Beuth hat die Angriffe auf Polizisten und Feuerwehrleute in Dietzenbach scharf verurteilt. Er kritisierte die „Verrohung der Umgangsformen gegenüber den Repräsentanten und Schutzleuten unseres Staates“.

Kitas – „Örtliche Flexibilität eröffnet Gestaltungsspielraum“

Ab dem 2. Juni gehen die hessischen Kindertagesstätten in den „eingeschränkten Regelbetrieb“ über. Nach der am Montag von der Landesregierung beschlossenen Verordnungsänderung hat das Sozialministerium den Kommunen die erbetene Hygieneempfehlung zum Schutz von Kindern und Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen übersandt.

Landwirtschaft – „Wir brauchen höhere Umwelt- und Klimaschutzstandards“

Die hessische Umweltministerin Priska Hinz und der saarländische Agrarminister Reinhold Jost haben als Vorsitzende der Umwelt- und Agrarministerkonferenz zu einer gemeinsamen Sondersitzung von Bund, Ländern und EU geladen. „Wir haben das Treffen genutzt, um mit der EU-Kommission über die Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu diskutieren“, berichtete Hinz.

Außerdem in dieser Ausgabe:

- ▶ COVID-19 Pandemie – „Oberstes Gebot der Stunde, besonnen zu bleiben“
- ▶ Rechte Gewalt – „Dauerhafter Auftrag zum Kampf gegen Hass“
- ▶ Wirtschaft – Entscheidung für die Frankfurter Buchmesse begrüßt
- ▶ Bologna-Prozess – Zentraler Teil des europäischen Friedensprojekts
- ▶ Termin – Kommunalwahlen finden am 14. März 2021 statt

Zahl der Woche, Link der Woche, Hessenbilder, Impressum

Mehr dazu auf den folgenden Seiten

Sicherheit – „Wer Einsatzkräfte angreift, gehört in den Knast“

Innenminister Peter Beuth hat die Angriffe auf Polizisten und Feuerwehrleute in Dietzenbach scharf verurteilt. Er kritisierte die „Verrohung der Umgangsformen gegenüber den Repräsentanten und Schutzleuten unseres Staates“.

„Ganz offensichtlich haben letzte Nacht rund 50 Gewalttäter unsere Einsatzkräfte in einen Hinterhalt gelockt“, erklärte Beuth. „Die Brandstifter haben zunächst Feuer gelegt und die eintreffenden Polizisten und Feuerwehrleute unvermittelt mit Steinen angegriffen. Ein Dutzend Einsatzwagen wurden beschädigt, da grenzt es an ein Wunder, dass kein Helfer verletzt wurde.“ Die hessische Polizei konnte dank starker Unterstützung aus den angrenzenden Präsidien und dem Einsatz des Helikopters die Lage unter Kontrolle bringen. Mehrere Gewalttäter wurden in Gewahrsam genommen.

„Dieser feige Angriff auf unsere Einsatzkräfte ist symptomatisch für die stetig ansteigende Gewalt gegenüber Polizisten, Feuerwehrleuten und Rettungskräften“, so Beuth. „Erst gestern hatte das Bundeskriminalamt gemeldet, dass Übergriffe auf Polizisten erneut um fast neun Prozent bundesweit angestiegen waren. Allein in Hessen wurden letztes Jahr mehr als 4.000 Polizisten als Opfer registriert. Diese dramatischen Zahlen sind der messbare Beleg des mangelnden Respekts und einer Verrohung der Umgangsformen gegenüber den Repräsentanten und Schutzleuten unseres Staates. Solche Taten sind keine Bagatelldelikte – wir brauchen nun endlich eine klare Antwort des Rechtsstaats: Wer Einsatzkräfte angreift, gehört in den Knast und darf nicht mit einer Geldstrafe davonkommen.“

Mindeststrafe muss auf sechs Monate angehoben werden

Zuletzt hatte die hessische Polizeistudie gezeigt, dass neun von zehn Schutzpolizisten schon mindestens einmal angegriffen wurden. „Diese Attacken hinterlassen bei den Kolleginnen und Kollegen nicht nur körperliche Spuren“, so Beuth. „Für jeden zweiten Polizeibeschäftigten, der einmal Opfer eines Angriffs wurde, sind diese Erlebnisse sehr belastend. Diese Zahlen machen betroffen und zeigen, dass die Mindeststrafe auf sechs Monate angehoben werden muss, um solche Taten unmissverständlich und konsequent ahnden zu können.“

2019 wurden in Hessen 4.080 Polizeivollzugsbeamte als Opfer registriert, 2018 waren es bereits 3.967. Von 1.926 Tatverdächtigen waren 789 Personen (rund 41 Prozent) Ausländer. Auf Initiative des hessischen Innenministers Peter Beuth hin hatte der Bundestag 2017 beschlossen, dass Übergriffe auf Vollstreckungsbeamte, aber auch auf Feuerwehrleute und Rettungskräfte früher registriert und härter bestraft werden. So werden zum Beispiel Angriffe auf Polizisten bei Befragungen und Unfallaufnahmen oder auf helfende Feuerwehrfrauen und -männer mit mindestens drei Monaten Freiheitsstrafe geahndet (nach §114, bzw. §115 StGB). Mit 112 (2018: 115) registrierten Angriffen auf Rettungskräfte und 15 (2018: 16) auf Feuerwehrleute im letzten Jahr blieb die Zahl auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr.

Weitere Informationen.

Kitas – „Örtliche Flexibilität eröffnet Gestaltungsspielraum“

Ab dem 2. Juni gehen die hessischen Kindertagesstätten in den „eingeschränkten Regelbetrieb“ über. Nach der am Montag von der Landesregierung beschlossenen Verordnungsänderung hat das Sozialministerium den Kommunen die erbetene Hygieneempfehlung zum Schutz von Kindern und Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen übersandt.

Die Hygieneempfehlung dient den Trägern als Richtschnur und soll sie darüber informieren, was bei einem Kita-Betrieb während der Corona-Pandemie zu beachten ist. „Aktuell arbeiten die Träger der Kindertageseinrichtungen intensiv daran, den Kita-Betrieb wieder hochzufahren, auch wenn er gegenwärtig nur eingeschränkt stattfinden kann, weil das Virus noch immer da ist“, sagte Sozialminister Kai Klose. „Die Hessische Landesregierung hat den Kommunen die Optionen gegeben, die sie auch eingefordert haben. Diese örtliche Flexibilität eröffnet den Kommunen Gestaltungsspielraum, um möglichst vielen Kindern möglichst viel gute Bildung und Betreuung einräumen zu können. Deshalb haben wir auch keine Betreuungsgrenzen in Form von Gruppengrößen oder Raumregelungen festgelegt. Mit der Hygieneempfehlung unterstützen wir sie und geben ihnen eine Handlungsanleitung für den Kita-Alltag während der Pandemie.“

Die Landesregierung hat sich mit den Kommunen auf den Weg in die eingeschränkte Regelbetreuung verständigt. In einer Debatte im Landtag hob Klose die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit hervor. „Wir gehen diesen Schritt Hand in Hand mit den Kommunen. Es ist ein Weg, der vor Ort ein Höchstmaß an Flexibilität und Gestaltungsspielraum ermöglicht, eben weil die Situation so unterschiedlich ist. Unsere Verordnung beruht deshalb auf dem Konzept der kommunalen Familie. Gemeinsam mit ihnen wollen wir die beste Betreuung vor Ort, die unter den Bedingungen, die uns diese Pandemie aufzwingt, möglich ist.“

Herausragende Leistung der Eltern

In seiner Rede betonte Klose ebenso die Leistung der Eltern während der Pandemie, die herausragend sei. „Wir sehen und wissen, dass die Folgen dieser Pandemie Eltern vor erhebliche Probleme gestellt haben und dass daraus auch Frust, Ärger und Enttäuschung entstanden sind. Seit zehn Wochen meistern die Eltern in Hessen und der gesamten Republik eine Herkulesaufgabe. Dafür will ich noch einmal allen Familien, genauso aber auch den Erzieher*innen, die die Notbetreuung gewährleisten, ausdrücklich danken.“

Die Hygieneempfehlung sowie Fragen und Antworten zum eingeschränkten Regelbetrieb in den Kindertagesstätten und weitere Informationen.

Landwirtschaft – „Wir brauchen höhere Umwelt- und Klimaschutzstandards“

Die hessische Umweltministerin Priska Hinz und der saarländische Agrarminister Reinhold Jost haben als Vorsitzende der Umwelt- und Agrarministerkonferenz zu einer gemeinsamen Sondersitzung von Bund, Ländern und EU geladen. „Wir haben

das Treffen genutzt, um mit der EU-Kommission über die Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu diskutieren“, berichtete Hinz.

Als prominente Gäste waren die für Umwelt und Landwirtschaft zuständigen EU-Kommissare Janusz Wojciechowski (Polen) und Virginijus Sinkevičius (Litauen) dabei. Aufgrund der Corona-Pandemie fand das Treffen als Videokonferenz statt. „Wir wollen gemeinsam ambitionierte Standards für die Landwirtschaft erreichen“, sagte Hinz. „Die Anstrengungen für den Umwelt- und Klimaschutz müssen deutlich ausgeweitet werden, damit wir die Lebensgrundlage für kommende Generationen erhalten können. Wir müssen die Landwirtinnen und Landwirte mitnehmen und dafür sorgen, dass mehr Umwelt- und Klimaschutzleistungen auch entsprechend honoriert werden. Nach Auskunft der EU-Kommission soll die GAP das aktuelle Finanzlevel beibehalten. Eine deutliche Stärkung der 2. Säule könnte dem Ausbau des Ökolandbaus zugutekommen, was ich begrüße. Allerdings sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Es bleibt fraglich, ob die Ausweitung von Umwelt- und Klimaschutz in der Landwirtschaft mit den aktuellen Finanzierungsplänen gelingen kann. Wir stellen uns auf harte Verhandlungen ein.“

Die neue EU-Kommission hat schon nach wenigen Wochen mit dem europäischen Grünen Deal – auch „Green Deal“ genannt – einen ambitionierten Klimaschutzplan vorgelegt. Dieser wird ergänzt durch eine Biodiversitätsstrategie und einer Strategie für eine nachhaltige Lebensmittelproduktion „Vom Hof auf den Tisch“. „Allein in diesen Themen stecken gewaltige Anforderungen an den politischen Gestaltungs- und Einigungswillen in Europa“, erklärte Hinz. „Ich begrüße es ausdrücklich, dass die EU-Kommission gerade jetzt deutliche Signale für mehr Nachhaltigkeit sendet. Wir müssen den Aufbau nach der Coronakrise in Einklang zu bringen mit dem Klima- und Umweltschutz, sonst steht uns die nächste Krise gleich bevor.“

Die Situation in Hessen

„Mein Eindruck ist, dass es den Bäuerinnen und Bauern nicht darum geht, sich den steigenden gesellschaftlichen Anforderungen zu verweigern – ganz im Gegenteil“, so Hinz. „Sie wollen sich diesen sehr wohl stellen und fordern zurecht Unterstützung ein. Wir wollen gemeinsam mit den Bäuerinnen und Bauern in Hessen eine zukunftsfähige, enkeltaugliche Landwirtschaft erhalten. Wir wollen die hessische Landwirtschaft so unterstützen, dass sie die wachsenden Anforderungen des Umwelt- Klima- und Tierschutzes erfüllen kann und dabei gleichzeitig ihre wirtschaftliche Produktionsfähigkeit erhält. Wichtig ist aber auch eine angemessene Bezahlung der landwirtschaftlichen Produkte, die die erhöhten Anforderungen honoriert. Nicht zuletzt müssen wir angepasste und erweiterte Förderangebote in Betracht ziehen, so dass die Wirtschaftlichkeit und die Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Landwirtschaft gewahrt bleiben.“

Die Hessische Landesregierung hat für die neue Legislaturperiode ein Maßnahmenpaket vereinbart, mit dem zusätzliche freiwillige Gemeinwohlleistungen vergütet werden. Die Honorierung erfolgt nicht aus der Umverteilung landwirtschaftlicher EU-Fördergelder, sondern durch die Bereitstellung zusätzlicher Landesmittel. Für das wiedereingeführte Programm Vielfältige Ackerkulturen wurden in den Haushalten 2019 und 2020 zusätzlich 25 Millionen Euro neu eingestellt. Das Programm wird von der Praxis sehr gut angenommen. Es beteiligen sich bereits fast 1.000 Landwirtinnen und Landwirte mit rund 85.000 Hektar. Auch für die Förderung

des ökologischen Landbaus werden zusätzliche Mittel bereitgestellt, in den Haushalten 2019 und 2020 insgesamt 30 Millionen Euro. Darüber hinaus hat Hessen den Ökoaktionsplan neu aufgelegt. Dafür sind in den nächsten Jahren bis 2023 insgesamt 18 Millionen Euro vorgesehen. Das ist ein Maßnahmenpaket mit ausdrücklich auch konventionell wirtschaftende Betriebe erreichen werden, denn die landwirtschaftliche Erzeugung muss insgesamt umweltverträglicher werden.

Weitere Informationen.

COVID-19 Pandemie – „Oberstes Gebot der Stunde, besonnen zu bleiben“

Das Corona-Kabinett der Landesregierung hat jetzt weitere Anpassungen der Verordnungen zur Bekämpfung des Corona-Virus verabschiedet. Diese betreffen insbesondere den Bereich der Gaststätten und Hotels, der Schwimmbäder und der Kindergärten. „Die Erfahrungen der vergangenen zwei Wochen zeigen uns, dass wir in einigen Bereichen Lockerungen und Anpassungen vornehmen können, wie etwa bei den Gaststätten, insgesamt aber weiterhin umsichtiges Handeln erforderlich ist. Oberstes Gebot der Stunde ist es, besonnen zu bleiben und schrittweise vorzugehen, damit wir den über Wochen erzielten Erfolg der Verlangsamung der Infektionsausbreitung nicht leichtfertig aufs Spiel setzen“, betonte Ministerpräsident Volker Bouffier. Alle Verordnungen sind bis zum 5. Juli verlängert worden. Ausnahme ist die Quarantäneverordnung, die bis 15. Juni gilt. Weitere Informationen.

Rechte Gewalt – „Dauerhafter Auftrag zum Kampf gegen Hass“

Die Landesregierung hat dem Rechtsextremismus den Kampf angesagt und wird diesen mit allen Mitteln entschlossen fortführen. Das unterstrich Innenminister Peter Beuth ein Jahr nach dem mutmaßlich rechtsextremistisch motivierten Mord am nordhessischen Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke. „Der niederträchtige Mord an einem Repräsentanten unseres Landes hat Hessen ins Mark getroffen und war für ganz Deutschland eine tiefe Zäsur“, sagte Beuth. „Nach den schrecklichen Morden des sogenannten NSU folgte abermals auf Hass und Extremismus, Tod und tiefe Trauer. Hessen wird weiterhin dem Lebenswerk des Demokraten Dr. Walter Lübcke gebührend gedenken. Sein schrecklicher Tod ist uns fortan ein dauerhafter Auftrag zum entschlossenen Kampf gegen Hass und Extremismus. Diesen Kampf haben wir bereits in den vergangenen Jahren intensiviert. Unsere umfassenden Maßnahmen setzen wir auch ein Jahr nach diesem schrecklichen Mord an unserem Regierungspräsidenten mit allen Mitteln entschlossen fort.“ Weitere Informationen.

Wirtschaft – Entscheidung für die Frankfurter Buchmesse begrüßt

Ministerpräsident Volker Bouffier, Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir und Finanzminister Michael Boddenberg haben die Entscheidung des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, die Frankfurter Buchmesse unter Auflagen im kommenden Oktober stattfinden zu lassen, begrüßt und die Unterstützung der Landesregierung zugesichert. „Der Messestandort Frankfurt steht nicht nur für die erfolgreichen wirtschaftlichen Verbindungen der hessischen Wirtschaft in die Welt und hat somit höchste internationale Bedeutung, er stellt auch für den Verlagsbuchhandel einen der größten Umschlagorte dar“, erklärte Bouffier. „Die Messe Frankfurt steht beispielhaft für die Wirtschaftskraft, die Internationalität und die Strahlkraft der Rhein-Main-Region“, ergänzten Al-Wazir und Boddenberg. „Dort präsentieren sich Hightech-Branchen ebenso wie Traditionsmessen, allen voran die Frankfurter Buchmesse. Messen sind Orte, an denen Wissen ausgetauscht und Verträge geschlossen werden und wo die Wirtschaft unseres Landes angekurbelt wird. Genau das ist erforderlich, wenn wir uns aus der wirtschaftlichen Talsohle der Corona-Krise bewegen wollen.“ Für die Verlags- und Kulturbranche sowie für die Veranstaltungs- und Messeunternehmen sei die Frankfurter Buchmesse eines der wichtigsten Ereignisse im Jahr. Darum sei es nicht nur für die Ausrichter der Messe, sondern auch für die Autorinnen und Autoren ein wichtiges Signal, die Buchmesse unter Auflagen auszurichten. „Wir haben intensive Gespräche mit den Verantwortlichen der Buchmesse geführt und stehen hinter der Entscheidung. Ich befürworte die Umsetzung des geplanten Vorhabens unter Beachtung der gegebenenfalls notwendigen Hygieneauflagen“, betonte Bouffier. [Weitere Informationen](#).

Bologna-Prozess – Zentraler Teil des europäischen Friedensprojekts

Der Bologna-Prozess für einen gemeinsamen Hochschulraum ist aus Sicht von Wissenschaftsministerin Angela Dorn ein wichtiger Teil des europäischen Einigungsprozesses. „Wer den gemeinsamen europäischen Gedanken für nationale Alleingänge opfern will, der bringt nicht nur die Wissenschaft in die Sackgasse, sondern auch das größte Friedensprojekt der Nachkriegsgeschichte“, sagte Dorn. „Der Bologna-Prozess ist nicht abgeschlossen, er braucht immer wieder neue Impulse und auch stellenweise Korrekturen. Aber was dieser Prozess sicher nicht braucht, ist eine rückwärtsgewandte Debatte nach dem Motto: Früher war alles besser.“ Fundamentale Angriffe auf den Bologna-Prozess wies Dorn als nationalistisch motiviert zurück. „Globale Herausforderungen wie die Klimakrise, eine nachhaltige Energieversorgung, Migration oder die aktuelle Pandemie bleiben nicht an Landesgrenzen stehen. Lösungen können wir nur gemeinsam erarbeiten.“ [Weitere Informationen](#).

Termin – Kommunalwahlen finden am 14. März 2021 statt

Der Sprecher der Hessischen Landesregierung, Staatssekretär Michael Bußer, hat den 14. März 2021 als Datum für die nächsten Kommunalwahlen in Hessen

verkündet. Diesen Termin für die Wahlen zu den Kreistagen, Stadt- und Gemeindeparlamenten sowie den Ortsbeiräten hat das Kabinett auf Vorschlag von Innenminister Peter Beuth festgelegt. [Weitere Informationen.](#)

Zahl der Woche

34,7 Millionen Tonnen Kohlendioxid

2018 wurden in Hessen 34,7 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO₂) ausgestoßen. Der energiebedingte CO₂-Ausstoß ist dem Statistischen Landesamt zufolge in Hessen in den vergangenen 20 Jahren gesunken. Nachdem er bis Mitte der 1990er Jahre gestiegen war, erreichte er 1996 mit 50,2 Millionen Tonnen seinen absoluten Höchstwert.

Link der Woche

Sommer in Hessen

Gemeinsam mit dem Hessischen Tourismusverband e.V. und der HA Hessen Agentur GmbH hat das Wirtschaftsministerium mit „Sommer in Hessen“ eine Aktion für Ausflugsziele und Freizeitaktivitäten in Hessen gestartet. Auf einer interaktiven Karte kann nach Museen, Sehenswürdigkeiten, Tierparks, Outdooraktivitäten oder Gästeführungen gesucht werden. Alle Angebote sind unter Berücksichtigung der aktuellen Lockerungsmaßnahmen sowie Hygiene- und Abstandsregeln erlebbar.

Hessenbilder



Marienkäfer in einem Garten in Wiesbaden. Foto: Barbara Kleeblatt

Impressum

Der Newsletter der Hessischen Landesregierung wird herausgegeben von:

Hessische Staatskanzlei
Georg-August-Zinn-Str. 1
65183 Wiesbaden

Verantwortlich:
Staatssekretär
Michael Bußer
Sprecher der Landesregierung

Redaktion:
Klaus Euteneuer